

Niederschrift
über die Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld
am 23.04.2009

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 16:55 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister David

Herr Bürgermeister Grube SPD

Herr Bürgermeister Helling CDU

CDU

Herr Lux (Fraktionsvorsitz)

Herr Dr. Annecke

Frau Bernecker

Frau Brandi

Frau Brinkmann, P.

Frau Grünewald

Herr Heine

Herr Henrichsmeier

Herr Hoffmann

Herr Kleimann

Herr Kögler

Herr Nettelstroth

Frau Osthus

Herr Pollmann

Herr Rüter

Herr Scholten

Herr Weber, M.

Herr Werner

Herr Dr. Zillies

SPD

Herr Clausen (Fraktionsvorsitz.)

Frau Biermann

Herr Brinkhoff

Frau Brinkmann, D.

Herr Fortmeier

Herr Hamann

Herr Kranzmann

Herr Pläßmann

Herr Schaede

Frau Schneider

Frau Schrader

Herr Sternbacher

Herr Stucke
Herr Tsapos
Herr Weber, H.-J.
Frau Weißenfeld

Bündnis90/Die Grünen-Fraktion

Frau Dr. Schulze (Fraktionsvorsitz)
Herr Bolte, M.
Frau Keppler
Frau Dr. Ober
Herr Rees
Herr Dr. van Norden

BfB

Herr Schulze (Fraktionsvorsitz)
Frau Becker
Herr Delius
Herr Spiegel von und zu Peckelsheim

FDP

Herr Buschmann
Herr Bolte, F.

Die Linke

Frau Niemeyer
Frau Schmidt

Bügnähe

Herr Schmelz
Herr Dr. Wixforth

Verwaltung

Herr Stadtkämmerer Löseke
Frau Beigeordnete Ritschel
Herr Beigeordneter Moss
Herr Beigeordneter Kähler

Frau Bockermann
Herr Schlüter
Herr Döding
Frau Stude
Frau Gottwald
Herr Kricke

Presseamt
Presseamt
Büro Oberbürgermeister
Büro des Rates, Schriftführung
Büro des Rates
Büro des Rates

Abwesend:

Frau Gemkow	CDU
Herr Meichsner	CDU
Herr Garbrecht	SPD
Herr Geil	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Gutknecht	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Rathsmann-Kronshage	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Pohlreich	fraktionslos
Herr Erster Beigeordneter Dr. Pohle	Dezernat 2

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister begrüßt eine offizielle Delegation aus der Partnerstadt Rzeszów, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Auf Vorschlag von Herrn Oberbürgermeister David fasst der Rat zur Tagesordnung folgenden

Beschluss:

Folgende Punkte werden zusätzlich auf die Tagesordnung gesetzt:

- TOP 1 „Mitteilungen“
- TOP 3 „Verwaltungsrat der Sparkasse Bielefeld
hier: Wahl eines neuen 1. stellvertretenden Vorsitzenden“
Drucksache 6846/2004-2009.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1

Mitteilungen

hier: Absetzung des TOP 4.3 "Kommunalwahltermin 2009" (gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.03.2009) in der Ratssitzung am 26.03.2009

Herr Stadtkämmerer Löseke berichtet, dass die SPD-Ratsfraktion und die Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen den Oberbürgermeister mit Schreiben vom 02.04.2009 gebeten hätten, die Entscheidung des Rates vom 26.03.2009 zu überprüfen, den TOP 4.3 „Kommunalwahltermin 2009“ (gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 16.03.2009, DS-Nr. 6703) von der Tagesordnung abzusetzen. Auch in der Öffentlichkeit sei der Eindruck entstanden, dass das Vorgehen nicht den rechtlichen Anforderungen genügt habe. Nach rechtlicher Prüfung des Vorgangs durch das Rechtsamt sei als Ergebnis festzustellen, dass die Absetzung des o. a. Tagesordnungspunktes nicht gegen geltendes Recht verstoßen habe und Zweifel an der Zulässigkeit oder Wirksamkeit der Entscheidung nicht begründet seien.

Herr Oberbürgermeister David habe den fristgerecht eingereichten Antrag der beiden Ratsfraktionen als Punkt 4.3 auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 26.03.2009 gesetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung habe dann ausweislich der Niederschrift der Ratssitzung vom 26.03.2009 ein Mitglied des Rates beantragt, den Punkt 4.3 von der Tagesordnung abzusetzen. Nach Begründung dieses Absetzungsantrags habe Herr Oberbürgermeister David der Vorsitzenden einer der antragstellenden Fraktionen das Wort erteilt. Diese habe an den Rat appelliert, den Punkt zu beraten und habe dies damit begründet, dass die Fragen einer unnötigen

finanziellen Belastung, der Wahlbeteiligung und der Legitimation des Oberbürgermeisters durch die Bürgerinnen und Bürger durchaus kommunale Themen seien. Nachdem auf Nachfrage keine weiteren Wortbeiträge zu dem Antrag, den Punkt 4.3 von der Tagesordnung abzusetzen, gewünscht worden seien, habe Herr Oberbürgermeister David über diesen Antrag abstimmen lassen. Er sei mehrheitlich (31 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung) angenommen worden. Die Rechtsprechung verschiedener Oberverwaltungsgerichte, etwa des OVG Münster in seinem Urteil vom 21.12.1988, hätte auch Minderheiten des Rates das Recht eingeräumt, ihren Beratungsgegenstand vor dem Rat in angemessenem Umfang mündlich zu erläutern. Die Ratsminderheit habe allerdings keinen Anspruch auf eine sachliche (inhaltliche, materielle) Behandlung des von ihr auf die Tagesordnung gebrachten Punktes und erst recht keinen Anspruch auf sachliche Beschlussfassung (OVG Lüneburg, Urteil vom 14.02.1984). Im vorliegenden Fall habe die Vorsitzende einer der antragstellenden Fraktionen in ihrem Beitrag begründet, warum der Rat sich mit dem Antrag beschäftigen sollte. Weitere Beiträge seien ausweislich der Niederschrift zu dieser Thematik auf Nachfrage nicht gewünscht worden. Damit bleibe festzustellen, dass den Antragstellern die Möglichkeit, ihren Beratungsgegenstand vor dem Rat zu erläutern, nicht verwehrt worden sei. Die mehrheitlich beschlossene Absetzung des Punktes 4.3 von der Tagesordnung habe somit nicht gegen geltendes Recht verstoßen.

Zu Punkt 2

Konjunkturpaket II, 1. Tranche

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6789/2004-2009/1

Herr Schmelz (Gruppe Bürgernähe) kritisiert, dass die im Rat vertretenen Gruppen bei der Beratung über die Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II ausgeschlossen worden seien. Dies sei ein nicht transparentes und undemokratisches Verfahren. Die Gruppe Bürgernähe könne deshalb das vorgeschlagene Maßnahmenpaket nur schwer sachgerecht beurteilen. Seine Gruppe hätte sich dafür eingesetzt, zumindest einen Teil der Mittel in Freizeiteinrichtungen für Jugendliche und Kinder zu investieren. Die Spielflächenbedarfsermittlung der Stadt Bielefeld belege, dass Spielflächen fehlen würden. Es sollten Freibäder, Skaterbahnen, mehr Sportplätze für Fußball und Handball, Bowlingbahnen, eine zusätzlich Eisbahn in der Innenstadt und mehr Plätze, auf denen sich Jugendliche ungestört aufhalten könnten, geschaffen werden. Deshalb stelle seine Gruppe den Antrag zu prüfen, ob es eine Möglichkeit gebe, im Rahmen des Konjunkturpakets II die Sanierung des Freibades Gadderbaum zu ermöglichen.

Herr Lux (CDU-Fraktion) betont, dass das Konjunkturpaket II ein Programm des Bundes sei, das die Konjunktur ankurbeln und Arbeitsplätze erhalten bzw. schaffen solle und das an strenge Vergabekriterien gebunden sei. Er verwehrt sich gegen den Vorwurf von Herrn Schmelz, die Gruppen bei der Beratung ausgeschlossen zu haben. Um das Konjunkturpaket schnell umsetzen zu können, habe seine Fraktion sehr eng mit den anderen Fraktionen zusammengearbeitet und die Verwaltung um deren Unterstützung gebeten. Für diese kollegiale und zügige Zusam-

menarbeit bedanke er sich ausdrücklich. Seine Fraktion wolle keinen Verteilungskampf, sondern eine zügige, an strengen Kriterien orientierte Vergabe der Mittel. In der 1. Tranche seien ausschließlich Maßnahmen vorgesehen, die zusätzlich geplant, die notwendig und nachhaltig seien und somit den vorgegebenen Vergabevoraussetzungen entsprächen. Dies sei wichtig, um eine eventuelle Rückforderung der Mittel auszuschließen. Zu beachten sei auch, dass im Bereich der Schulen und Tagesbetreuung der Kinder die freien Träger bzw. Ersatzschulträger angemessen berücksichtigt werden müssten. Zu dem Antrag der Gruppe Bürgernähe verweist Herr Lux auf den in der Sitzung am 26.03.2009 gefassten Ratsbeschluss zu den Freibädern Gadderbaum und Schröttinghausen. Er beantragt den Abtrag dahingehend zu ändern, dass die Verwaltung um Prüfung gebeten werde, ob im Rahmen des Konjunkturpakets II die Möglichkeit zur Sanierung der Freibäder Gadderbaum und Schröttinghausen bestehe. Der Verwaltungsvorlage werde seine Fraktion uneingeschränkt zustimmen.

Frau Dr. Schulze (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) hält den Beschluss zum Konjunkturpaket II, mit dem erhebliche Investitionen auf den Weg gebracht würden, für einen Weg, Arbeitsplätze zu sichern, die Beschäftigung im Mittelstand und in Handwerksbetrieben zu ermöglichen sowie die Folgen der Rezession zu mildern. Sie befürworte die verstärkten Investitionen im Bildungsbereich, da so die Arbeitsbedingungen der Schülerinnen und Schüler verbessert und die Lernmotivation erhöht würden. Zustimmung finde in ihrer Fraktion auch die Berücksichtigung aller Schulformen und die vorgesehene Aufteilung der Mittel auf städtische Einrichtungen und freie Träger. Wichtig sei es, frühzeitig Beschlüsse zu fassen, damit die Maßnahmen ggf. in den Ferien realisiert werden könnten. Insgesamt sei Bielefeld hinsichtlich der Umsetzung des Konjunkturprogramms gut aufgestellt. Nachfolgende Generationen würden nicht mit der Finanzierung der Investitionen belastet. Den von der Gruppe Bürgernähe gestellten Antrag, die Sanierung des Freibades Gadderbaum im Rahmen der Umsetzung des Konjunkturpakets zu prüfen, trage ihre Fraktion mit, da dies eine Bestätigung des Ratsbeschlusses vom 26.03.2009 sei. Zu dem Vorwurf von Herrn Schmelz, die Gruppen seien bei der Beratung ausgeschlossen gewesen, erwidert Frau Dr. Schulze, dass die Gruppen sich im Vorfeld hätten einbringen können. Vor der jetzt vorliegenden Beschlussvorlage hätten auch sie weitere Vorlagen und Übersichten erhalten, die über den jeweils aktuellen Sachstand informiert hätten und die in öffentlichen Sitzungen der jeweiligen Gremien diskutiert worden seien. Das Recht, eine Sondersitzung des Rates zu beantragen, hätten nur die Fraktionen. Sie halte den gewählten Weg, dass nur die Fraktionen sich für die Vorbereitung der heutigen Beratung zusammengeschlossen hätten, für richtig und hoffe, dass dieses Verfahren auch für die nachfolgenden Beschlussfassungen zum Konjunkturpaket beibehalten werde.

Herr Schulze (BfB-Fraktion) begrüßt die heutige Beschlussfassung zum Konjunkturpaket, da damit Maßnahmen realisiert werden könnten, die bisher aufgrund der Kosten aufgeschoben worden seien. Insbesondere im Bildungsbereich könne jetzt mit Hilfe des Bundes für die Kinder und ihre Zukunft investiert werden. Die bisherige gute Zusammenarbeit der Fraktionen habe den befürchteten parteipolitischen Streit um die Mittelvergabe verhindert und zu einer schnellen Entscheidung geführt. Die Beteiligten hätten sich auf vernünftige und nachvollziehbare Kriterien geeinigt und so den für die Stadt Bielefeld besseren Weg eingeschlagen. Den von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen könne seine Fraktion

folgen. An das Bielefelder Handwerk richtet er den Appell, sich an den Ausschreibungen zu beteiligen und sich dafür ggf. zu Arbeitsgemeinschaften zusammenzuschließen. Abschließend äußert er die Hoffnung, dass auch die noch ausstehenden Beträge so schnell wie möglich verteilt werden und die Fraktionen weiterhin einvernehmlich zusammenarbeiten.

Herr Clausen (SPD-Fraktion) betont, dass das Konjunkturpaket helfe, den Investitionsstau in der Stadt Bielefeld abzubauen und dem zu erwartenden Abbau der Arbeitsplätze in Unternehmen entgegenzuwirken. Das Vorgehen, die Gruppe Die Linke und die FDP-Gruppe nicht bei den Vorberatungen zur heutigen Sitzung zu beteiligen, beruhe auch auf der Tatsache, dass die Parteien Die Linke und FDP auf Bundesebene ein Veto gegen das Konjunkturpaket eingelegt hätten. Die Fraktionen hätten die Verwaltung gebeten, sie im Entscheidungsfindungsprozess zu unterstützen, was sehr gut funktioniert habe. Die Aufgabe der Politik, die Priorisierung der Maßnahmen vorzunehmen, sei dadurch jedoch nicht berührt worden. Ziel sei es gewesen, auf dem Gebiet der Bildung so schnell wie möglich über die Verwendung der Mittel zu beschließen, da aufgrund der anstehenden Schulferien Handlungsbedarf bestehe. Maßnahmen insbesondere im Bereich der freiwilligen Feuerwehr und der Jugendeinrichtungen seien in der ersten Tranche noch nicht enthalten, da hierzu noch intensive Prüfungen im Hinblick auf die Einhaltung der Kriterien erforderlich seien. Herr Clausen begrüßt es ausdrücklich, dass der Wahlkampf bei den Gesprächen keine Rolle gespielt habe und es dadurch Entscheidungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bielefeld gebe.

Frau Schmidt (Gruppe Die Linke) stellt fest, dass die Wirtschaftskrise in Bielefeld schon eingesetzt habe und es bereits einen massiven Arbeitsplatzabbau gebe. Einige der vorgeschlagenen Maßnahmen sehe ihre Gruppen im Vergleich zu dem Gesamtpaket des Bundes in der Wirkung und Menge der eingesetzten Mittel als zu geringfügig an. Aus ihrer Sicht werde die Wirkung der Maßnahmen nur bis zur Bundestags- bzw. Kommunalwahl reichen. Ihre Gruppe schläge vor, das Projekt „Modernisierung und Umgestaltung Park- und Festplatz Johannisberg“ zu streichen und die Mittel stattdessen - entsprechend dem Antrag der Gruppe Bürgernähe - für die Sanierung des Freibades Gadderbaum zu verwenden.

Herr Dr. Wixforth (Gruppe Bürgernähe) widerspricht dem eingebrachten Vorwurf, seine Gruppe habe sich bei den Beratungen verweigert. Es sei richtig, dass seine Gruppe bei den vorherigen Beratungen in den Gremien beteiligt gewesen sei; die Mandatsträger hätten sich hier auch sachkundig gemacht und sich beraten. Dennoch hätte sich seine Gruppe gewünscht, auch bei der Aufstellung der Prioritätenliste im Vorfeld beteiligt zu werden. Laut John Maynard Keynes seien Konjunkturpakete nur sinnvoll, wenn sie nachhaltig und volkswirtschaftlich produktivitätssteigernd seien. Bei der vorliegenden Liste habe er bei einigen Maßnahmen insbesondere Zweifel an der geforderten Produktivitätssteigerung. Wenn die CDU-Fraktion ihren Änderungsantrag um den Zusatz *„Wenn die Prüfung durch die Verwaltung als positiv erachtet wird, eine möglichst schnelle Realisierung in die Wege zu leiten“* erweitern würde, könne die Gruppe Bürgernähe sich dem Antrag anschließen. Der Verwaltungsvorlage werde seine Gruppe nicht zustimmen und sich bei der Abstimmung enthalten.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Gruppe Die Linke vom 21.04.2009:

Die Maßnahme 5 aus Anlage 4: „Modernisierung und Umgestaltung von Park- und Festplatz Johannisberg, Kosten 1.500.000,00 Euro“ wird gestrichen.

- bei 4 Ja-Stimmen mit großer Mehrheit abgelehnt -

Abstimmung über den gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der BfB-Fraktion vom 24.04.2009 (s. auch Beschluss):

Der Rat der Stadt Bielefeld bittet die Verwaltung, im Rahmen des Konjunkturpakets II die Möglichkeiten zur Sanierung der Freibäder Gadderbaum und Schröttinghausen zu prüfen.

- bei 2 Enthaltungen einstimmig beschlossen -

Herr Lux (CDU-Fraktion) äußert zu dem Änderungsantrag der Gruppe Bürgernähe rechtliche Bedenken, da er nicht erkenne, dass die Förderungsvoraussetzungen vorlägen.

Herr Hamann (SPD-Fraktion) stellt fest, dass es der Gruppe Bürgernähe um den Erhalt des Gadderbaumer Freibades gehe, was der Rat jedoch in seiner letzten Sitzung bereits beschlossen habe. Der Antrag müsse insofern abgelehnt werden.

Frau Niemeyer (Gruppe Die Linke) erklärt, das es darum gehe, Geld aus dem Konjunkturpaket für das Projekt Gadderbaumer Freibad einzuplanen.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Gruppe Bürgernähe vom 22.04.2009:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt, im Rahmen des Konjunkturpakets II, 1. Tranche, die Möglichkeit zur Sanierung des Freibades Gadderbaum zu prüfen und wenn möglich zu realisieren.

- bei 4 Ja-Stimmen mit großer Mehrheit abgelehnt -

Beschluss:

1. Als erste Tranche werden die in der Anlage 4 zur Vorlage aufgeführten Maßnahmen aus Mitteln des Konjunkturpaketes II auf der Basis des Gesetzes zur Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes in NRW beschlossen.

Zur Finanzierung der Maßnahmen wird der in der der Anlage 4 der Vorlage pro Maßnahme festgelegte Betrag außerplanmäßig nachbewilligt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen in gleicher Höhe durch die Zuweisung aus dem Konjunkturpaket II.

2. Der Rat der Stadt Bielefeld bittet die Verwaltung, im Rahmen des Konjunkturpakets II die Möglichkeiten zur Sanierung der Freibäder Gadderbaum und Schröttinghausen zu prüfen.

- einstimmig beschlossen -

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

Zu Punkt 3

Verwaltungsrat der Sparkasse Bielefeld
hier: Wahl eines neuen 1. stellvertretenden Vorsitzenden

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6846/2004-2009

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Herr Bürgermeister Horst Grube wird zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Sparkasse Bielefeld gewählt.

- einstimmig beschlossen -

D a v i d
Oberbürgermeister
Vorsitz

S t u d e
Schriftführerin